

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 24. Jänner 2018

Selbstständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár,
Mag^a. Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf
Fassung einer EntschlieÙung gegen den Ausbau und die Förderung von
Atomkraftwerken**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom _____ gegen den Ausbau und die Förderung von Atomkraftwerken

Der Burgenländische Landtag hat sich bereits wiederholt für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe stellen für das Burgenland ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

Auch wenn die Art der Energiegewinnung und die Energieversorgung in die nationale Kompetenz fällt: Das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken macht vor Staatsgrenzen keinen Halt und erfordert einen transnationalen Schulterschluss, der eine Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung zum letzten Ziel hat. Aktuell sind besonders die Ausbaupläne beim ungarischen Atomkraftwerk Paks sowie die Laufzeitverlängerung und geplante Erweiterung des tschechischen AKW Dukovany Grund zur Besorgnis.

Das ungarische Atomkraftwerk Paks ist nur knapp 200 km von Burgenland entfernt. Es ist das einzige Atomkraftwerk in Ungarn und deckt rund 40 % des Strombedarfes des Landes. Die vier mittlerweile veralteten Reaktoren - die Blöcke gingen zwischen den Jahren 1982 bis 1987 in Betrieb und sind somit über 30 Jahre alt - sollen in ihrer Laufzeit um weitere 20 Jahre verlängert werden. Zudem ist der Ausbau um weitere zwei Reaktoren geplant.

Neben den ökologischen und sicherheitspolitischen Bedenken ist der Ausbau vor allem wegen der Finanzierung umstritten: Ungarn vergab den Auftrag im Wert von rund 11 Milliarden Euro, ohne eine Ausschreibung durchzuführen und fördert das Projekt mit fragwürdigen staatlichen Betriebsbeihilfen von über 10 Milliarden Euro. Das verursacht eine Wettbewerbsverzerrung auf dem Strommarkt in Mitteleuropa und betrifft somit auch die Österreichischen Stromerzeuger, Stromhändler und letztendlich die heimischen Stromkunden.

Das AKW Dukovany befindet sich ca. 35 Kilometer nördlich der tschechisch-österreichischen Staats- bzw. 120 Kilometer von der burgenländischen Landesgrenze entfernt. In Dukovany gibt es derzeit 4 Reaktorblöcke, die alle über 30 Jahre alt sind. Die Laufzeit von Block 1 wurde 2016 verlängert. Die Laufzeit von Block 2 im Sommer 2017 und Ende 2017 wurden die Blöcke 3 und 4 verlängert. Zudem plant der Betreiber einen Ausbau um ein bis zwei Reaktorblöcke. Der im Jahr 1986 in Betrieb genommene Reaktorblock 2 hat nach 30 Jahren sein ursprünglich geplantes Laufzeitende bereits erreicht. Dennoch wird Block 2 in Dukovany durch diese neue, auf unbestimmte Zeit erteilte Betriebsgenehmigung in den sogenannten Langzeitbetrieb übertreten.

Das vereinte Europa soll als die wettbewerbsfähigste Region der Welt seinen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit garantieren und diese hohen Standards für künftige Generationen ausbauen. Zur Erreichung dieses Ziels ist eine faire und zukunftsorientierte Energiepolitik unerlässlich. Damit längst völlig unvereinbar ist das Ziel des in den Wirren der Nachkriegszeit anno 1957 in Kraft getretenen EURATOM-Vertrags, nämlich die Förderung der Atomenergie.

Die antiquierten Strukturen des EURATOM-Vertrages bewirken die Ausklammerung der Atomenergiewirtschaft aus dem allgemeinen Wettbewerbsrecht des EG-Vertrages. Der EURATOM-Vertrag fördert seit nunmehr fast 60 Jahren die Atomkraft, ohne dass es der Atomindustrie gelungen wäre, wirtschaftlich selbständig am Markt zu bestehen, ökologische Unbedenklichkeit zu garantieren oder das Atomüllproblem zu lösen.

Angesichts der permanenten Gefahr, Österreich könne seitens grenznaher Atomkraftwerke im Katastrophenfall durch radioaktive Immissionen verseucht werden, ist die Förderung atomarer Energiegewinnung durch Österreich als ein Beiträge zahlendes EURATOM-Mitglied nicht nachvollziehbar. Laufend gemeldete Störfälle dokumentieren diese Fehlentwicklung einer Europäischen Energiepolitik, die Österreich als EURATOM Vertragsstaat zugleich mit finanziellen Mitteln fördert. Ein entschlossenes Auftreten gegen Atomkraft ist mit einer gleichzeitigen Förderung derselben schlichtweg unvereinbar.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für folgende energie- und umweltpolitischen Ziele einzusetzen:

- für einen europaweiten Ausbaustopp von Atomkraftwerken, einen verbindlichen Plan zum europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft und die Forcierung nachhaltiger Formen der Energiegewinnung
- für eine ausschließliche Verwendung der EURATOM-Gelder für konkrete, frühzeitige AKW-Stilllegungen deutlich vor dem geplanten Laufzeitende
- gegen die Verwendung von EU-Geldern für Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen oder zur sonstigen Unterstützung der Kernenergie,
- für einen einseitig oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedsstaaten zu vollziehenden Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und Investition der frei werdenden Mittel in die Förderung ökologisch unbedenklicher Formen der Energiegewinnung
- Hinsichtlich grenznaher Vorhaben sollen alle – sowohl von der vorigen als auch aktuellen Bundesregierung angekündigten – rechtlichen Maßnahmen ausgeschöpft werden.